

## Presseerklärung

Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW begrüßt Offensive der Landesregierung zur Haftvermeidung bei Jugendlichen

Die Anordnung von Untersuchungshaft gegen Jugendliche ist nach den Vorschriften des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) immer nachrangig und darf nur angeordnet werden, wenn der Zweck der Untersuchungshaft nicht durch andere Maßnahmen wie zum Beispiel durch Haftvermeidung in Form einer einstweiligen Unterbringung in einem geeigneten Heim der Jugendhilfe erreicht werden kann (§ 71,72 JGG).

Die Ankündigung der Haftvermeidungskonzeption durch die Justizministerin und den Jugendminister umfasst auch die Schaffung von Intensivangeboten der stationären Jugendhilfe unter Einschluss von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen. Auch die für die Durchführung einer Intensivbetreuung hohen Kosten sollen in Kauf genommen werden.

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen, Reiner Lindemann, hierzu:

*„Der DRB-NRW begrüßt das heute vorgestellte Modell als einen Schritt in die richtige Richtung. Bereits im November 2004 hatte der Verband in dem Papier zur Kinder- und Jugendkriminalität eine Erziehungsoffensive gefordert. Die vom Gesetz vorgeschriebene Haftvermeidung scheitert heute oft genug daran, dass nicht genügend geeignete Heimplätze vorhanden sind. Der Jugendliche, bei dem grundsätzlich die Voraussetzungen für den Erlass eines Haftbefehls vorliegen, soll nicht einfach aus der Tür (des Heims) wieder hinausspazieren können. Der Erziehungsgedanke, der dem JGG und den Grundsätzen der Haftvermeidung innewohnt, hilft bei der Vermeidung weiterer Straftaten des betroffenen Jugendlichen. Es sind daher viele solcher Heimplätze zu schaffen.“*

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: RAG Reiner Lindemann: 0171/6458244

*Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3100 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.*